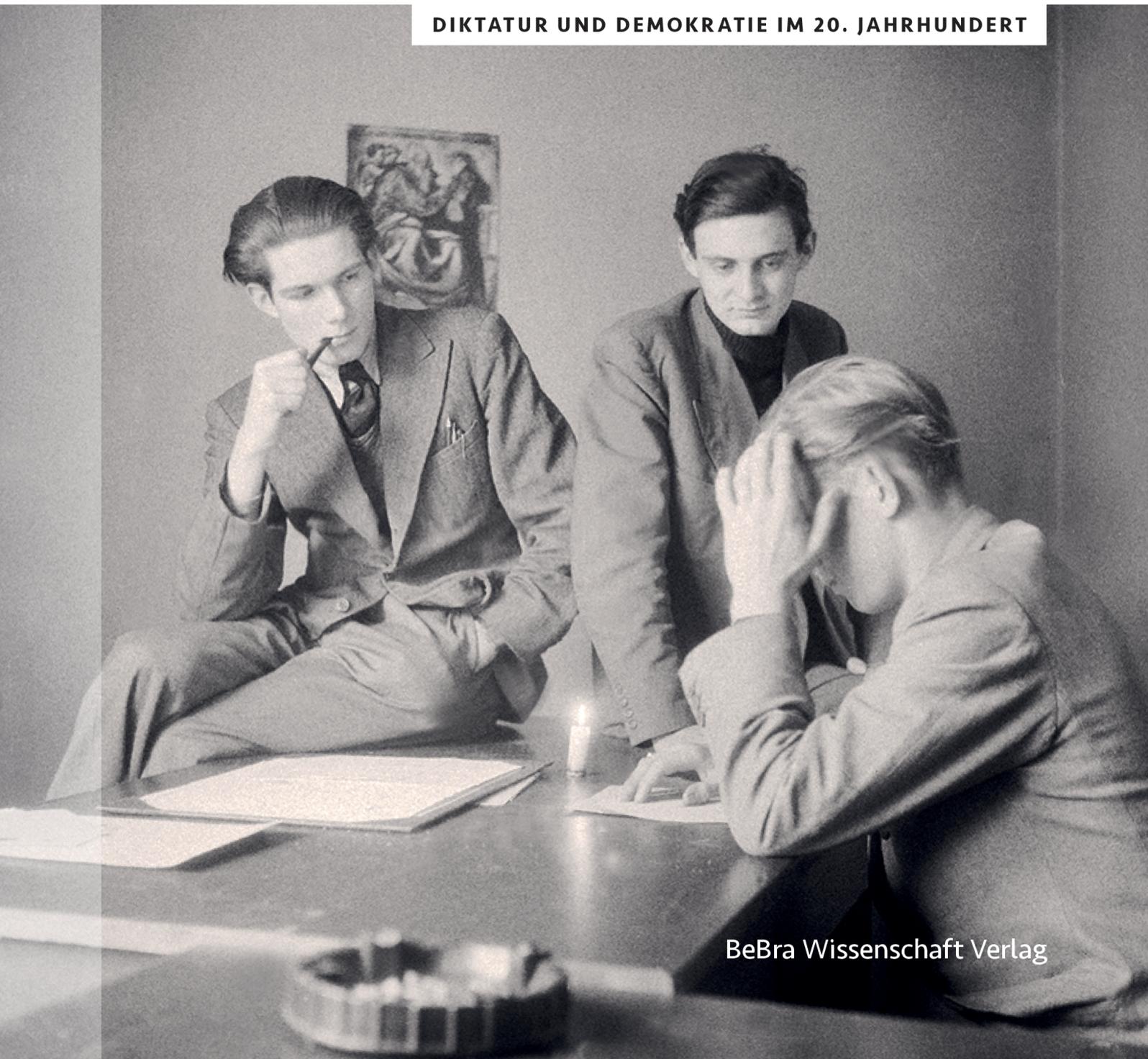


»Kampf um die Köpfe«

Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) und die hochschulpolitische Kultur des Kalten Krieges (1949–1963)

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM 20. JAHRHUNDERT



BeBra Wissenschaft Verlag

Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 10

Schriftenreihe der Forschungs- und Dokumentationsstelle
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Herausgegeben von
Stefan Creuzberger
Fred Mrotzek

Tilman Wickert

»Kampf um die Köpfe«

Das Amt für gesamtdeutsche Studenten-
fragen (AGSF) und die hochschulpolitische
Kultur des Kalten Krieges (1949–1963)

BeBra Wissenschaft Verlag

Das Buch veröffentlicht eine Dissertationsschrift der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock, die am 4. Juli 2024 verteidigt wurde. Gutachter: Prof. Dr. Stefan Creuzberger, Prof. Dr. Dominik Geppert (Potsdam), Prof. Dr. Dierk Hoffmann (IfZ Berlin, Potsdam)

Das Titelbild zeigt die Vorsitzenden der Studentenvertretung der Freien Universität Berlin, Ernst Benda (links) und Helmut Coper (Mitte), mit einem Studenten aus der SBZ, 1949. Foto: Fritz Eschen. © Deutsche Fotothek

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation. Es ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>).

Zu Fragen der Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an herstellung@bebraverlag.de

Der BeBra Wissenschaft Verlag ist ein Imprint des BeBra Verlags.

© 2025 BeBra Verlag GmbH
Asterplatz 3, 12203 Berlin
post@bebraverlag.de
Redaktion der Reihe: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Rostock
Redaktion des Bandes: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Rostock
Lektorat: Astrid Volpert, Berlin
Umschlag: typgerecht berlin
Satz: Zerosoft
Schrift: Minion Pro 10,5/13,5 pt
Gedruckt in der Europäischen Union
ISBN 978-3-95410-343-0

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Einleitung	9
Historischer Kontext und methodischer Zugang	11
Fragestellungen und Aufbau der Untersuchung	15
Forschungsstand	17
<i>Antikommunistische Netzwerke in der jungen Bundesrepublik</i>	17
<i>»Gesamtdeutsche Studentenfragen« und Antikommunismus in der studentengeschichtlichen Forschung</i>	19
<i>Repression, Opposition und Widerstand an den Universitäten der DDR</i>	22
<i>Forschungen zum AGSF</i>	23
Quellen	24
»Stürmt die Festung Wissenschaft« – Sowjetisierung des Hochschulwesens, studentischer Widerstand und Gründung des AGSF	28
Sowjetisierung des ostdeutschen Hochschulwesens	28
<i>Zulassungspolitik – Instrument sozialistischer Elitenrekrutierung</i>	28
<i>Die Zerschlagung der freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ</i>	32
Studentenopposition in Berlin und die Gründung der Freien Universität 1948 ...	39
<i>Neuartige Aktionsformate – Die Studentenzeitschrift »Colloquium« und das Informationsbüro der Deutschen Studentenschaft (IDS)</i>	39
<i>Die Berliner Relegations-Krise</i>	45
Der Verband Deutscher Studentenschaft und die Gründung des »Referates Ost« an der Freien Universität Berlin	49
<i>Gründung des VDS</i>	49
<i>Die »Seeshaupter Beschlüsse«</i>	54
Erste Gehversuche – die schwierige Anfangsphase des Referates Ost an der Freien Universität Berlin	59
<i>Flüchtlingsbetreuung</i>	59
<i>Finanzielle Probleme und eine ungewisse Zukunft – die Stagnationsphase 1949/50</i>	65

Von der »bloßen Flüchtlingsvermittlungsstelle« zum »Hauptquartier der studentischen Resistance« – Organisation, Finanzen und Vernetzung	69
Konsolidierungsphase	69
<i>Umbenennung des Referats Ost in »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« (RGSF)</i>	69
<i>Der Wendepunkt: Die Entstehung des antikommunistischen Konsenses in den Studentenschaften</i>	71
Im »Netzwerk des Kalten Krieges« – finanzielle Sanierung und Vernetzung	76
<i>Die Solidaritätsgroschensammlung</i>	76
<i>Amerikanische Förderer</i>	82
<i>Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen</i>	89
<i>Finanzielle Lage des AGSF</i>	92
Tätigkeitsbereiche des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen	99
Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik, West-Berlin und im westlichen Ausland	99
<i>Informationsgewinnung und Dokumentation von Repressionen</i>	99
<i>Hochschul-Informationen</i>	103
<i>Vortragsreisen</i>	107
<i>Die V-Aktion</i>	110
<i>Pläne für die Neuorganisation der ostdeutschen Universitäten nach dem »Tag X«</i>	115
<i>Auslandsarbeit und »Saarfrage«</i>	120
»Offene Aktionen auf dem Gebiet der DDR« – die Ostarbeit des AGSF	124
<i>Ziele und Ausgangsbedingungen der Ostarbeit im Jahr 1950/51</i>	124
<i>Informationsbeschaffung</i>	128
<i>»Liebesgaben« aus West-Berlin – karitative Aktivitäten im Rahmen der Ostarbeit</i>	130
<i>Literaturtransfer und geistige Gegenöffentlichkeit</i>	134
<i>Der Kurierapparat</i>	140
<i>Niedergang der Ostarbeit</i>	145
»Ermittlung und Abwehr« kommunistischer Infiltration	156
<i>Ausgangslage</i>	156
<i>Entstehung des studentischen Antikommunismus</i>	159
<i>Beginn der bundesweiten operativen Abwehrarbeit</i>	162
<i>Abwehrarbeit gegen rechtsextreme Umtriebe</i>	172
<i>Ausweitung der Abwehrarbeit auf »Neutralisten« und Wiederbewaffnungsgegner</i>	175

Flüchtlingsarbeit	180
<i>Überprüfung von Flüchtlingsstudenten</i>	180
<i>Das AGSF im Bundesnotaufnahmeverfahren</i>	190
<i>Überprüfungspraxis – der Fall Wilfried Seiring</i>	195
<i>Der Flüchtlingsausschuss für Hochschullehrer und Assistenten</i>	198
<i>Überprüfungspraxis – Fallbeispiel Dr. H.</i>	202
<i>Entwicklung der Flüchtlingsarbeit nach 1953</i>	203
Gegenwind und Niedergang des antikommunistischen Konsenses	211
Auf dem Höhepunkt des Erfolgs – das AGSF als etabliertes Verbandsamt des VDS und feste Größe im Privatapparat des Kalten Krieges	211
Konflikte im Verband	214
<i>Mehr als nur ein Verbandsamt?</i>	214
<i>Konflikte um gesamtdeutsche Begegnungen im Hochschulsport</i>	219
<i>Haltung und Reaktion des AGSF</i>	224
<i>Gesamtdeutsche Studentenkontakte</i>	228
Gegenwind von außen	236
<i>Rückzug der Amerikaner</i>	236
<i>Gegenpropaganda – im Visier des MfS</i>	246
Aufstieg der »Neuen Linken« im VDS und Bedeutungsverlust und Abwicklung des AGSF	258
<i>Neue Themenfelder studentischer Politik</i>	258
<i>Die ost- und deutschlandpolitischen Aktivitäten der Studentenschaften</i>	267
<i>Rückzug des AGSF in die politische Bildungsarbeit</i>	272
<i>Die Abwicklung</i>	277
Fazit	283
Anhang	290
Quellen und Literaturverzeichnis	291
Personenverzeichnis	300
Danksagung	302
Der Autor	303

Einleitung

Im Frühjahr 1957 verhaftete die Stasi einen ehemaligen Studenten der Universität Leipzig. Unter dem Druck der Verhöre gestand dieser, unter dem Decknamen »Altmann« mit dem »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) in Verbindung gestanden zu haben.¹ In diesem Zusammenhang, so »Altmanns« Geständnis, habe er Vorlesungsverzeichnisse gesammelt und Stimmungsberichte über die Situation während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 an der Universität Leipzig verfasst, um diese dem AGSF bei regelmäßigen Treffen in West-Berlin zu überbringen. Bereits seit 1951 hatte »Altmann« in Kontakt mit dem AGSF gestanden, als er es auf einer Veranstaltung der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« in Berlin kennengelernt hatte.² Wegen dieser Verbindung verurteilte ein Gericht der DDR »Altmann«, der zuvor als Student der Universität Leipzig der dortigen Liberalen Hochschulgruppe nahegestanden hatte, zu zwölf Jahren Haft wegen »Boykotthetze« gemäß Artikel 6 der DDR-Verfassung.³ Wenngleich Überlieferungen der Stasi quellenkritisch grundsätzlich fragwürdig sind, stimmen in diesem Fall immerhin die Kerninformationen. Das AGSF war keine Erfindung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), sondern existierte tatsächlich. Es unterhielt überdies an fast allen Universitäten der DDR Kurier und Informanten, die unter Tarnnamen liefen und Informationen über die Lage an den Universitäten in der DDR sammelten. Sogar der Deckname »Altmann« ist in den Unterlagen des AGSF überliefert.⁴

Doch wer war dieses AGSF, und worin bestanden die »gesamtdeutschen Studentenfragen«, mit denen es sich dem Namen nach befasste? Zeitgenössische Einschätzungen gehen in ihren Deutungen naturgemäß weit auseinander. Die DDR-Propaganda bezeichnete das AGSF als »Bonner Agentenzentrale«, wogegen die Studentenpresse in der Bundesrepublik es als »Hauptquartier der studentischen Resistance« in der DDR rühmte.⁵ Studentenvertreter in den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) wiederum sprachen hinter vorgehaltener Hand – halb spöttisch,

¹ BStU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 135–137 Abschrift. Teilweiser Auszug aus dem Schlussbericht im Untersuchungsvorgang gegen »Altmann«, Berlin, 29.6.1957.

² Ebd.

³ Ebd., Bl. 139.

⁴ Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 166, Akte 1216, Abrechnungsunterlagen über die Einsatzfahrten der Kurier vom Mai 1952, unpaginiert.

⁵ Studentischer Freiheitskampf, in: Deutsche Universitätszeitung (1951), Nr. 15/16, S. 24.

halb anerkennend – vom »Amt Spangenberg«, benannt nach seinem langjährigen Leiter Dietrich Spangenberg, was in Anspielung auf das »Amt Blank« bereits auf den nachrichtendienstlichen Charakter der Einrichtung hindeutete.⁶ Andere Studentenvertreter stießen sich am Hauch des Elitären, das die Mitarbeiter des AGSF innerhalb der Studentenschaften umgab, und sprachen hämisch vom »unsichtbarem Bundesverdienstkreuz, das die Mitarbeiter des Amtes fortwährend mit sich herumtrügen«. ⁷ All dies erhellt bereits, dass es sich beim AGSF offenbar um eine schillernde Einrichtung im Geiste des Kalten Krieges handelte.

Tatsächlich war das AGSF ein Kind der Systemkonfrontation und der deutschen Teilung. 1949 vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gegründet, strebte es danach, auch nach der doppelten Staatsgründung inoffizielle Kontakte zwischen westdeutschen Studentenvertretern und den »freiheitlich gesinnten Studenten der Sowjetzone« zu unterhalten. In diesem Rahmen unterstützte das AGSF die studentische Opposition in der DDR, sammelte Informationen über die sozialistische Umgestaltung des ostdeutschen Universitätswesens und machte diese der westdeutschen Öffentlichkeit zugänglich. Darüber hinaus betreute und beriet es Studenten, die sich dem politischen Druck und der Verfolgung in der DDR durch Übersiedlung beziehungsweise Flucht in den Westen entziehen wollten, und half ihnen bei der Eingliederung ins bundesdeutsche Universitätssystem.

Mit der Gründung des AGSF reagierten die im VDS vereinten Studentenvertreter West-Berlins und der Bundesrepublik auf die gewaltsame Ausschaltung der 1946 freigewählten Studentenräte in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) und die Gleichschaltung des ostdeutschen Universitätswesens. Wenngleich der von Stalin herbeigesehnte Sturm auf die »Festung Wissenschaft« in der DDR erst 1950/51 vom SED-Regime offiziell ausgerufen wurde, hatten die eisigen Vorläufer bereits Ende der 1940er-Jahre erheblich gewütet.⁸ So wurde in den Jahren 1947 bis 1950 die studentische Selbstverwaltung der SBZ gewaltsam aufgelöst, nachdem sie sich dort nach 1945 legal etabliert hatte. Die frei gewählten Studentenräte wurden zerschlagen und in die Hände der FDJ überführt, die nun als alleinige Organisationsform für Studenten vorgesehen war. Auch die liberalen und christdemokratischen Hochschulgruppen, die nach den freien Studentenratswahlen vor 1947/48 die Studentenräte dominiert hatten, wurden im Rahmen der Gleichschaltung der Blockparteien

⁶ Uwe Rohwedder: *Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969)*, Essen 2012, S. 87, (künftig zitiert: Rohwedder, *Kalter Krieg und VHS*).

⁷ BAArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. VDS-Mitgliederversammlung im Mai 1954. Diskussion über den Bericht von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg, S. 104.

⁸ Müller, Marianne/Müller, Egon Erwin: »... stürmt die Festung Wissenschaft!«. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953.

aufgelöst. Viele Studenten wurden in diesem Zusammenhang von den Universitäten verwiesen oder verhaftet, verhört, gefoltert und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt oder in sowjetische Gulags deportiert. Eine noch immer unbekannte Zahl von Studenten wurde im Zuge der gewaltsamen Zerschlagung der studentischen Selbstverwaltung hingerichtet oder ist in den Gefängnissen und sowjetischen Straflagern ums Leben gekommen. Vor diesem Hintergrund ist es laut Ilko-Sascha Kowalczuk nicht verwunderlich, dass Studenten und Oberschüler in den 1950er-Jahren zu wesentlichen Trägern von Opposition und Widerstand in der DDR wurden.⁹

Historischer Kontext und methodischer Zugang

Das Anliegen, durch zielgerichtete Unterstützung oppositioneller Kräfte in der DDR die Konsolidierung des SED-Regimes zu verhindern und zudem kommunistische Kräfte in der Bundesrepublik einzudämmen, beschränkte sich freilich nicht auf die Studentenschaften. Nach der doppelten Staatsgründung und vor allem nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 wurde im bundesdeutschen wie im West-Berliner Umfeld gesellschaftspolitisch relevanter Institutionen eine Reihe von Organisationen geschaffen, die dem AGSF in Struktur und Funktion ähnelten. Die Parteien hatten ihre sogenannten Ostbüros gegründet. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere Berufsverbände hatten gesamtdeutsche Referate ins Leben gerufen. Hinzu gesellte sich eine kaum überschaubare Menge an antikommunistischen Kampfbünden und gesamtdeutschen Vereinigungen, die nicht unmittelbar an große zivilgesellschaftliche Organisationen angebunden waren. Die bekanntesten unter ihnen sind die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) oder der »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« (UFJ). Deutlich kleiner waren Organisationen wie der »Volksbund für Frieden und Freiheit«, die »Aktionsgruppe Baader« oder der »Deutsch-Russische Freiheitsbund«.

Doch ob groß oder klein, an Parteien und Gewerkschaften angedockt oder unter »freier Flagge« segelnd, stellten diese Gruppierungen eine zivilgesellschaftliche Reaktion auf die deutsche Teilung dar. Ihre Gründungen waren aber auch als eine Folge der Angst vor kommunistischen Umsturzversuchen oder einer sowjetischen Invasion zu verstehen, die vor allem seit dem Korea-Schock im Sommer 1950 in der Bundesrepublik grassierte.¹⁰ Angesichts dieser Befürchtungen zeigten sich auch staatliche Stellen der Bundesrepublik und westalliierte beziehungsweise amerika-

⁹ Geschichte der Opposition in der DDR. Von der Diktaturerrichtung bis zur Diktaturüberwindung, https://www.dissidenten.eu/fileadmin/user_upload/Deutschland/Oppositionsgeschichte/dissidenten_eu-Deutsche-Oppositionsgeschichte.pdf (05.05.2025).

¹⁰ Michael Lemke: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln u.a. 2011, S. 113–117 (künftig zitiert: Lemke, Mauer).

nische Dienste an diesen zivilgesellschaftlichen Organisationsformen interessiert. Für diese Stellen, allen voran das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), war dieses schwer überschaubare Gestrüpp aus Ostbüros, gesamtdeutschen Referaten und diversen Kampfbünden ein geeignetes Instrument, um den antikommunistischen Konsens in der bundesdeutschen Gesellschaft neu zu vitalisieren und zu verankern. Diverse Maßnahmen, die auf die Abwehr kommunistischer Infiltrationsversuche oder die Immunisierung der Gesellschaft gegen kommunistische Propagandaoffensiven abzielten, wurden durch diese Einrichtungen umgesetzt. Die enge Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und staatlichen Behörden entsprach einerseits der korporatistischen Verfasstheit des bundesdeutschen politischen Systems, in dem nichtstaatliche Akteure bis heute große Handlungsspielräume haben. Andererseits war diese Frühform einer »private-public-partnership« bisweilen alternativlos, da die neugegründeten Ministerien und Behörden der noch jungen Bundesrepublik oftmals keinen eigenen administrativen Unterbau für derlei Tätigkeiten besaßen. Überdies bot diese Form der Zusammenarbeit staatlichen Stellen die Gelegenheit, unliebsame oder sicherheitspolitisch brisante Tätigkeiten an nichtstaatliche Akteure auszulagern, um sich bei deren Enttarnung oder bei Fehlschlägen erfolgreich distanzieren zu können. Dies galt etwa für operative Aktionen auf DDR-Territorium, die der UFJ und die KgU, aber auch das AGSF regelmäßig durchführten, jedoch vom Bundeskanzleramt streng untersagt worden waren.¹¹ Auf diese Weise wurde das zivilgesellschaftliche Netzwerk der Ostbüros und gesamtdeutschen Referate auch zu einem »Privatapparat des Kalten Krieges« (Stefan Creuzberger), zu einer »grauen Verwaltung« (Arnold Köttgen). Durch diese verbreiterte und festigte sich der antikommunistische Konsens in Politik und Gesellschaft – teilweise angetrieben von staatlichen und alliierten Stellen, vielfach jedoch von den Akteuren des Privatapparates, über die sich, verbunden mit viel Eigensinn, ein »Antikommunismus von unten« aus der Gesellschaft heraus artikulierte.¹² Das »Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen« des VDS wurde bald nach seiner Gründung Teil dieses Apparates, wo es von West-Berlin aus im Spannungsfeld von Hochschulpolitik, Sicherheitspolitik und Systemkonfrontation ab 1949 agierte.

Die Gründung der Ostbüros und gesamtdeutschen Referate war nicht nur eine Reaktion auf die deutsche Teilung, sondern auch Ausdruck und Träger einer politischen Kultur des Kalten Krieges, einer »cold war culture«, die sämtliche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse in der jungen Bundesrepublik

¹¹ Klaus Körner: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2003, S. 24.

¹² Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges, 1949–1969, Düsseldorf 2008, S. 141 (künftig zitiert: Creuzberger, BMG).

durchzog.¹³ Kennzeichen dieser »cold war culture« war es, dass die Dynamiken der geopolitischen Spaltung der Welt vorzugsweise in westliche Gesellschaften hineinwirkten und Denk- und Handlungsweisen erzeugten, die ganz der dichotomen außenpolitischen und militärischen Logik der Blockkonfrontation entsprachen. Besonders in den westlichen Frontstaaten entstand dadurch in den 1950er-Jahren ein gesellschaftspolitisches Klima, das bisweilen an einen »Kalten Bürgerkrieg« erinnerte und in dem sämtliche Akteure beständig eine Frontstellung gegen die innere wie äußere kommunistische Bedrohung einnahmen.¹⁴ Sichtbarster Ausdruck dieser »cold war culture« in der Bundesrepublik wurde die »antikommunistische Wagenburg« (Micheal Frey), in der staatliche, halbstaatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen ab 1950 zusammenrückten.¹⁵ Bei dieser Formation dienten Organisationen wie das AGSF oder die Ostbüros einerseits als »Einparkhilfe« – um im Bilde zu bleiben –, andererseits als »Parkwächter«, die über die Einhaltung der Formationsordnung wachten. Der antikommunistische Konsens der jungen Bundesrepublik, also seine zivilgesellschaftliche Verankerung und alltagspraktische Umsetzung, beruhte demnach maßgeblich auf der Arbeit dieser Organisationen, die dabei freilich eng mit bundespolitischen und westalliierten Akteuren zusammenarbeiteten.

Antikommunismus ist bekanntlich ein schillernder, schwer zu fassender Terminus, der bis weit in die 1990er-Jahre kaum sinnvoll operationalisierbar war, solange der Pulverdampf des Kalten Krieges, der den Begriff einnebelte, sich noch nicht gelegt hatte. Dementsprechend überwogen zuvor Definitionen, deren Urhebern eher die politische Kampftauglichkeit denn die wissenschaftliche Verwendungsfähigkeit vorschwebte.¹⁶ Eine brauchbare, differenzierte Betrachtungsweise, die den Begriff auch vor dem Hintergrund von Periodisierungen deutscher Zeitgeschichte operationalisiert, stammt von Andreas Wirsching. Dieser betrachtet den Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur in Deutschland, der sich je nach sozialer und politischer Trägerschaft typologisieren lässt. So gibt es nach Wirsching

¹³ Tony Shaw: *The Politics of Cold War Culture*, in: *Journal of Cold War Studies*, Jg. 3 (2001), S. 59–76.

¹⁴ Thomas Lindenberger (Hrsg.): *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln u.a. 2006, S. 13 (künftig zitiert: *Massenmedien im Kalten Krieg*).

¹⁵ Michel Frey: *Vor Achtundsechzig. Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und in den USA*, Göttingen 2020, S. 57 (künftig zitiert: Frey, *Vor Achtundsechzig*).

¹⁶ Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann: *Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*. Einleitende Vorbemerkung, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): *»Geistige Gefahr« und »Immunsierung« der Gesellschaft. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 3 f. (künftig zitiert: Creuzberger/Hoffmann, *Antikommunismus*).

drei Formen des Antikommunismus: den ideologischen, den funktionalen und den empirischen.¹⁷

Der *ideologische Antikommunismus* war demnach ein Kind des 19. Jahrhunderts, der vor allem als geistiges Konstrukt christlich-konservativer Kräfte dazu diente, auf die materialistisch-säkularistischen Seiten des Kommunismus zu verweisen, um dadurch getarnt auch gegen liberale, moderne Ideen zu Felde zu ziehen. Seine soziale Trägerschaft bestand demnach aus monarchistischen, deutsch-konservativen und später dann deutschnationalen Kräften. Der *funktionale Antikommunismus* hingegen, der für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) der Weimarer Jahre als Kampforganisation unter dem Einfluss des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels eigentümlich war, suchte aus strategisch-funktionalen Gründen weniger die geistige Abgrenzung zum Kommunismus als dessen Gegnerschaft zur eigenen Profilierung. Antikommunistische Ausdrucksformen der Weimarer Jahre, wie etwa die Freikorps oder die von Goebbels nationalrevolutionär gestaltete NSDAP, gingen den Kommunismus und seine Anhänger demnach nur formal aus Gründen des Schutzes von Gesellschaft und Staat an. Tatsächlich diente dies der Schaffung bürgerkriegsartiger Zustände, um darüber das republikanische Gewaltmonopol in die Hände zu bekommen und Staat und Gesellschaft nach Maßgabe autoritärer Weltanschauungen diktatorisch umzuformen. Der Kommunismus hatte demnach die Funktion eines Steigbügelhalters zur Diktatur. Gänzlich anders interpretiert Wirschings Ansatz den *empirischen Antikommunismus*. Dieser Typ war im sozialdemokratischen Milieu beheimatet oder wurde von Personen oder Gesellschaftsgruppen getragen, die ihrerseits Gewalt, Ausgrenzung oder Degradierung in der Begegnung mit kommunistischen Kräften und Herrschaftsformen erlebt hatten. Die sozialdemokratischen Wurzeln dieses antikommunistischen Typs reichen laut Wirsching bis in die Weimarer Republik zurück, in der eine republikanische Sozialdemokratie sich um ideologische und praktische Abgrenzung gegenüber kommunistisch-revolutionären Kräften bemüht hatte. Mit den sozialdemokratischen Antikommunisten gemein hatten die späteren Dissidenten und Renegaten, dass sie mit marxistisch-sozialistischem Gedankengut in Berührung gekommen waren oder sich teilweise noch dazu bekannten oder es zumindest, wie die SPD noch bis 1959, als Traditionsbestand pflegten.¹⁸

Begreift man die Organisationen des »Privatapparates des Kalten Krieges« als gesellschaftliche Träger und Motoren des antikommunistischen Konsenses in der Bundesrepublik, wird deutlich, dass ihre Erforschung wertvolle Zugänge zum Verständnis der bundesdeutschen »cold war culture« eröffnen kann. Ob und wie

¹⁷ Andreas Wirsching: Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945, in: Kreuzberger/Hoffmann, Geistige Gefahr, S. 18–24.

¹⁸ Ebd.

omnipräsent der antikommunistische Konsens in der westdeutschen Gesellschaft wirklich war, aus welchen (ideologischen) Quellen er sich speiste und welche Gesellschaftsbereiche sich stärker oder schwächer von den Dynamiken der politischen Kultur des Kalten Krieges prägen ließen – all dies lässt sich über die Erforschung ihrer Trägerorganisationen plausibel herausarbeiten. Dies nicht zuletzt, weil diese sich meistens auf bestimmte Berufsgruppen (UFJ), Parteien (Ostbüros) oder Gesellschaftsbereiche (AGSF) konzentrierten und in ihren Tätigkeiten mit den dort wirkmächtigen Eigensinnigkeiten oder Interessenlagen konfrontiert waren.

Die oben genannten Konzepte von »cold war culture« einerseits und Wirschings antikommunistischer Typologie andererseits dienen als kulturgeschichtlicher Bezugsrahmen der vorliegenden Untersuchung, innerhalb dessen das AGSF als Institution erforscht werden soll. Die Arbeit versteht sich demnach als eine um kulturhistorische Aspekte erweiterte Institutionengeschichte im Sinne Bernhard Löfflers: Diese wird durch die Aufnahme kulturgeschichtlicher Fragestellungen in die Lage versetzt, jene »politische Kultur« zu erfassen, durch die die Institution geprägt ist, zu der sie aber ihrerseits ebenso beiträgt.¹⁹ Im Sinne diese Überlegungen soll deshalb nicht nur ausgelotet werden, wie das AGSF von der »cold war culture« und dem bundesdeutschen Antikommunismus beeinflusst wurde, sondern auch, inwieweit das AGSF als Institution selbst als »Vermittlungsinstanz kultureller Sinnproduktion« dazu beitrug, entsprechende »Ordnungsarrangements« zu verbreiten und zu stabilisieren.²⁰

Fragestellungen und Aufbau der Untersuchung

Grundsätzlich soll erörtert werden, wie das AGSF als Institution aufgebaut war und wie es arbeitete, um den gesamtdeutschen Studentenfragen nachzugehen. Davon ausgehend werden auch seine Außenbeziehungen zu anderen Akteuren untersucht. Im Vordergrund stehen dabei die Beziehungen zum Mutterverband VDS, in dessen Strukturen das AGSF als Verbandsamt eingebettet war und der als Auftraggeber die politischen Leitlinien und Rahmenbedingungen für die Arbeit des AGSF vorgab.

Darüber hinaus konzentriert sich die Untersuchung auf die Verbindungen, die das »Amt« zu Akteuren unterhielt, die nicht der hochschulpolitischen Szene angehörten, sondern der staatlichen oder nachrichtendienstlichen Sphäre zuzuordnen sind. Gemeint sind hier in erster Linie amerikanisch-alliierte Dienststellen, das Bun-

¹⁹ Siehe hierzu: Bernhard Löffler: Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 7 und 178 f.

²⁰ Ebd.

desamt für Verfassungsschutz und vor allem das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Was versprach sich das AGSF davon, mit diesen Einrichtungen zusammenarbeiten? Welche Handlungsspielräume und Zwänge ergaben sich daraus? Und umgekehrt: Welche Erwartungen formulierten die Partner ihrerseits an das AGSF, welche Einflüsse konnten sie auf ein studentisches Verbandsamt ausüben, das formal ausschließlich dem Willen der studentischen Selbstverwaltung unterworfen war? Dementsprechend soll auch untersucht werden, welche Einrichtungen der DDR sich mit dem AGSF befassten: Welche Bedeutung maßen diese dem AGSF bei, und/bzw. welche sicherheitspolitische Bedrohung erblickten sie in ihm?

In der Zusammenschau soll schließlich – als übergeordnete Leitfrage – exemplarisch am AGSF herausgearbeitet werden, wie die bundesdeutsche Studentenschaft sich zu den politischen Herausforderungen der deutschen Teilung, des Kalten Krieges und zum antikommunistischen Grundkonsens der frühen Bundesrepublik verhielt und somit Teil und Akteur der »cold war culture« war.

Die Untersuchung orientiert sich chronologisch an der Geschichte des AGSF und ist in fünf Teile gegliedert.

Das erste Kapitel umfasst den Zeitraum von der Kapitulation der Wehrmacht bis zur Gründung des »Referates Ost«, des späteren AGSF, im Oktober 1949. Im Sinne einer Hinführung befasst es sich mit dem Auseinanderfallen der deutschen Hochschullandschaft in Ost und West nach 1945 sowie mit dem Wiederaufbau, der Gleichschaltung und der Spaltung der studentischen Selbstverwaltung in den Nachkriegsjahren.

Das zweite Kapitel befasst sich schwerpunktmäßig mit der »Expansionsphase« des Referates Ost von der Gründung bis zu der Umbenennung in AGSF im Frühjahr 1951. Beleuchtet werden dabei besonders das Ringen der Studentenschaften um einen einheitlichen deutschlandpolitischen Kurs und die Rolle, die das AGSF hierbei spielte. Weiterhin sollen das Entstehen der Beziehungsgeflechte des AGSF über die studentische Szene West-Berlins hinaus zu staatlichen Stellen aufgezeigt und biografische Aspekte führender AGSF-Mitarbeiter beleuchtet werden.

Das dritte Kapitel konzentriert sich auf die eigentlichen Tätigkeitsbereiche des AGSF. Dazu gehörten die Informationspolitik und Aufklärungsarbeit, die sicherheitspolitisch sensible Ostarbeit in der DDR, die Abwehrarbeit gegen »kommunistische Infiltration« an bundesdeutschen Universitäten und schließlich die Beratung, Betreuung und Überprüfung der Flüchtlingsstudenten.

Das vierte Kapitel befasst sich mit dem Zeitraum von 1954 bis 1963. Es startet mit dem organisationsgeschichtlichen Zenit des AGSF im Jahr 1954 und beschreibt die Entwicklung der Institution bis zu ihrem Ende im November 1963. Untersucht werden dabei die Entwicklung des deutschlandpolitischen Kurses in den Studentenschaften sowie das Spannungsverhältnis von studentischen und staatlichen Anspruchsgruppen, innerhalb dessen das AGSF agierte. Überdies ist der östliche Ein-

fluss auf die Politik des VDS, etwa durch die FDJ-Westarbeit und die Bekämpfung des AGSF durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Gegenstand des Kapitels. Abschließend wird der Überführungsprozess des AGSF in das »Institut für Hochschulfragen e.V.« in den Jahren nach dem Bau der Berliner Mauer geschildert.

Forschungsstand

Die Arbeit verortet den Untersuchungsgegenstand AGSF an der Schnittstelle mehrerer Forschungsfelder. Als Bestandteil des »Privatapparates des Kalten Krieges« gehörte das AGSF zu jenem Netzwerk antikommunistischer Organisationen, das in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen und bundesdeutschen Dienststellen den antikommunistischen Konsens in der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik verwirklichte. Dieses Phänomen ist vor allem Gegenstand der Politikgeschichte und der Geschichte der politischen Kultur. Als Organ des Verbandes Deutscher Studentenschaften ist das AGSF zugleich aber auch Bestandteil der Studentengeschichte. Zuletzt berührt es durch seine Verbindungen zur ostdeutschen Studentenopposition auch die Repressions- und Widerstandsgeschichte der frühen DDR – mithin Teilbereiche, die bislang unterschiedlich intensiv erforscht worden sind.

Antikommunistische Netzwerke in der jungen Bundesrepublik

Der Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat. Auf die historischen und methodischen Ursachen hierfür haben Stefan Kreuzberger und Dierk Hoffmann bereits 2014 hingewiesen.²¹ Vor allem die alltagspraktische Umsetzung des antikommunistischen Konsenses in den Institutionen von Politik, Kultur und Gesellschaft durch nichtstaatliche Akteure wie die Ostbüros und die gesamtdeutschen Referate ist wenig erforscht worden. Dass gerade die Ostbüros und andere Organisationen des Privatapparates des Kalten Krieges lange ein »Mauerblümchendasein in der Wissenschaft gefristet« haben, liegt auch daran, dass ihre Aktivitäten nach den Hochzeiten der Konfrontationspolitik aus der Zeit gefallen schienen und ihr kämpferischer Antikommunismus mit dem neuen deutschlandpolitischen Klima der Ostpolitik kaum kompatibel war.²² Dementsprechend stiefmütterlich wurden sie lange in der bundesdeutschen Erinnerungskultur behandelt – zumal auch ehemalige Akteure und prominente Zeitzeugen ihre Ver-

²¹ Kreuzberger/Hoffmann, Antikommunismus, S. 3 f.

²² Kai-Uwe Merz: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 34), München u.a. 1987, S. 8 (künftig zitiert: Merz, Kalter Krieg).

gangenheit als kämpferische Antikommunisten nur selten in Memoiren ausführlich reflektierten oder gar positiv hervorgehoben haben.²³ Die angeblich geringe wissenschaftliche Relevanz der einzelnen Gruppen, die bisweilen als Ursache für die Nichtbeachtung ins Feld geführt wurde,²⁴ kann jedoch nicht mehr als Argument gelten, seit die Forschungsarbeiten von Creuzberger und Bernd Stöver aufgezeigt haben, wie stark diese Organisationen, koordiniert vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und von amerikanischen Stellen, in die Gesellschaften der Bundesrepublik und der DDR hineinwirkten.²⁵ Durch diese Erkenntnisse sind diese Organisationen auch in sozial- und kulturgeschichtlicher Hinsicht von Interesse, da sie im Zusammenspiel mit staatlichen Akteuren einen maßgeblichen Beitrag zum antikommunistischen Gesellschaftsklima der frühen Bundesrepublik leisteten, was in der Forschung treffend als »cold war culture« bezeichnet wird.

Vor allem seit der Wiedervereinigung sind immerhin einige Arbeiten zu Organisationen des »Privatapparates des Kalten Krieges« erschienen. Wegweisend waren hier die Werke von Kai-Uwe Merz über die KgU, von Frank Hagemann über den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen sowie die Studie von Wolfgang Buschfort über die Ostbüros der Parteien SPD, FDP und CDU.²⁶ Vom institutionengeschichtlichen Erkenntniswert einmal abgesehen, ist den Monografien überdies zu verdanken, dass diese Organisationen nicht in Vergessenheit gerieten und als Teil des gesamtdeutschen Widerstandes gegen das SED-Regime angesehen werden können. Mehr Wahrnehmung, weil in seiner Deutung umstrittener, erhielt Enrico Heitzers Studie über die operative Arbeit der KgU in der DDR.²⁷ Bemängelt wurden von Kritikern dessen Deutung, die KgU sei eine terroristische Organisation gewesen, sowie die fehlende Einbettung in die Repressions- und Diktaturgeschichte der

²³ Die umfangreichen Memoiren des AGSF-Funktionärs Carl Heinz Evers erwähnen seine Tätigkeit für das AGSF und seine vielfältigen Funktionen in anderen Organisationen vom »Netzwerk des Kalten Krieges« nur in Nebensätzen. Siehe: Carl Heinz Evers: Zwischen-Fälle. Begebenheiten aus Schule und Politik, Hamburg 1998 (künftig zitiert: Evers, Zwischen-Fälle).

²⁴ Merz etwa argumentiert in seiner Studie von 1987 diesbezüglich. Zitiert nach: Enrico Heitzer: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959 (= Zeithistorische Studien, Bd. 53), Köln u.a. 2015 (künftig zitiert: Heitzer, KgU), S. 26.

²⁵ Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges, 1949–1969, Düsseldorf 2008. – Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u.a. 2002.

²⁶ Merz: Kalter Krieg. – Frank Hagemann: Der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen 1949–1969 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 125), Wien 1994. – Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von CDU, SPD und FDP, Berlin 2001 (künftig zitiert: Parteien im Kalten Krieg).

²⁷ Heitzer, KgU.

DDR.²⁸ Wenngleich Heitzer aufgrund breiter Quellenbasis ein geradezu akribisches Bild von der operativen Arbeit der KgU auf dem Territorium der DDR zeichnen konnte, bleiben die Aktivitäten und vor allem die Rolle der KgU in der bundesdeutschen Gesellschaft weitgehend unerörtert. Diese Lücken hat, soweit sie die Beteiligung der KgU an der innerdeutschen Flüchtlingspolitik betreffen, Keith Allen zu schließen versucht.²⁹ Mit den Monografien über die KgU oder die Ostbüros sind – mitunter erste – Versuche unternommen worden, die »großen Tanker« in der Flotte des »Privatapparates des Kalten Krieges« institutionengeschichtlich darzustellen. Die Schlepper und Schnellboote – um im Bilde zu bleiben – sind hingegen kaum untersucht worden. So fehlen bislang Darstellungen, die sich dezidiert etwa mit den Ostbüros des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Bauernverbandes oder der »Deutschen Partei« befassen. Freilich ist die Quellenlage für die genannten Organisationen sehr unterschiedlich und nicht jede besitzt so viel Relevanz, um Gegenstand einer Monografie zu werden. Doch für eine angemessene Historisierung dieses Institutionennetzwerkes sind weitere Feldforschungen zu den kleineren und mittleren Gruppierungen unabdingbar, um dadurch die unterschiedlichen Wirkungsweisen, Intensitäten und Erscheinungsformen der antikommunistischen »cold war culture« in verschiedenen Bereichen der bundesdeutschen Gesellschaft vergleichbar zu machen.

»Gesamtdeutsche Studentenfragen« und Antikommunismus in der studentengeschichtlichen Forschung

Obwohl der Antikommunismus in der Forschung als gesellschaftliches Querschnittsphänomen gilt, sind seine Präsenz und Wirkung an den Universitäten oder unter den Studenten der jungen Bundesrepublik immer noch ein Forschungsdesiderat. Das ist erstaunlich angesichts der zentralen Rolle, welche die Studentenschaften und Universitäten in der Nationalgeschichte Deutschlands – vom Wartburgfest bis hin zu »68« – gerade in politischer und gesellschaftskultureller Hinsicht innehatten. Auch der breit angelegte Aufsatzband von Creuzberger und Hoffmann aus dem Jahr 2014 übergeht sowohl die Universitäten als auch Akteure der Studenten- und Hochschulpolitik. Ursächlich für die Nichtbeachtung von studentischem Antikommunismus und »gesamtdeutschen Studentenfragen« in den 1950er-Jahren ist nicht allein die erinnerungskulturelle Wirkungsmacht von »68«, aus deren Schatten andere Narrative über studentisches Handeln noch immer nur schwer heraustreten können.

²⁸ Exemplarisch hierzu die Kritik von Ilko-Sascha Kowalczyk, in: Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat, Jg. 28 (2015), S. 207–209.

²⁹ Keith R. Allen: Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961, Berlin 2013 (künftig zitiert: Allen, Befragung).

Bedeutender ist vielleicht der Umstand, dass gerade die Studentenpolitik der Jahre zwischen 1945 und 1956/57 – zwischen »Zusammenbruch« und dem Entstehen der »neuen linken Bewegungen« – insgesamt bisher nur wenig von der Forschung beachtet worden ist.

Bereits der Wiederaufbau der Strukturen studentischer Selbstverwaltung in den Jahren 1945 bis 1949 wird in der Forschungsliteratur allenfalls cursorisch behandelt. Eine detaillierte Überblicksdarstellung über die verfasste Studentenschaft, die studentische Selbstverwaltung und die studentische Politik der jungen Bundesrepublik fehlt bislang.³⁰ Seit die universitätsgeschichtliche Forschung die unmittelbare Nachkriegsgeschichte ins Visier genommen hat, sind immerhin zu einzelnen Hochschulstandorten Westdeutschlands Arbeiten erschienen, die mitunter auch die studentische Selbstverwaltung, den Studentenalltag und die Hochschulpolitik beleuchten.³¹ Den Schwerpunkt auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre legend, befassen sich diese Studien allerdings bevorzugt mit der sozialen und materiellen Not der Studenten, der Entnazifizierungspraxis oder – wie bei Frauke Steffens – mit dem Frauenstudium und dem Schicksal der studentischen »Displaced Persons«.³² Für die Jahre nach 1949 wird allenfalls noch das Erstarken der Korporationen thematisiert. Doch wie der Kalte Krieg, die deutsche Teilung oder die »kommunistische Gefahr« die Studenten und deren Selbstverwaltungen umtrieben, findet dagegen kaum Erwähnung. Rainer Maaß etwa handelt das deutschlandpolitische Engagement des Braunschweiger AStA – das er (durchaus anfechtbar) lediglich als Ausdruck einer nationalkonservativen Kontinuität interpretiert³³ – auf wenigen Seiten ab, obgleich an der TU Braunschweig, im »Zonenrandgebiet« gelegen, überproportional viele DDR-Flüchtlinge immatrikuliert waren.³⁴ In der Monografie von Karin Kleinen, die immerhin das »Ringens um die Demokratie« der Studenten thematisch in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt hat, werden »gesamtdeutsche Studentenfragen« und studentischer Antikommunismus sogar fast völlig ignoriert. Größeren Raum nehmen die »gesamtdeutschen Studentenfragen«, studentischer Antikommunismus

³⁰ Jürgen John: Geistige Einheit Deutschlands? Das Eisenacher Studententreffen 1948 im zonen-, hochschul-, und erinnerungspolitischen Kontext, in: Jürgen John/Christian Faludi (Hrsg.): »Stellt alles Trennende zurück!« Eine Quellenedition zum »Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft Pfingsten 1948« in Eisenach, Stuttgart 2010, S. 49 f. (künftig zitiert: John/Faludi, Geistige Einheit).

³¹ Rainer Maaß: Die Studentenschaft der technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (künftig zitiert: Maaß, Studentenschaft). – Frauke Steffens: »Innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit«. Die Technische Hochschule Hannover 1945–1956, Stuttgart 2011 (künftig zitiert: Steffens, Innerlich gesund). – Karin Kleinen: Ringens um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945–1950), Köln u.a. 2005 (künftig zitiert: Kleinen, Ringens um Demokratie).

³² Steffens, Innerlich gesund.

³³ Maaß, Studentenschaft, S. 286 f.

³⁴ Ebd., S. 163–168.

sowie die Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Hochschulpolitik in den 1950er-Jahren überhaupt nur in den Untersuchungen zur Geschichte der Freien Universität Berlin ein, wobei auch in den Arbeiten von Tent und Rabehl sowie von Kubicki/Lönnendonker die Jahre zwischen 1949 und 1955 eher nachrangig behandelt werden.³⁵

Insgesamt fällt auf, dass sich die Forschungen zur Studentenpolitik in den 1950er-Jahren stark auf die parteipolitischen Hochschulgruppen konzentrieren. Die Gemengelage aus Kalter Krieg, deutscher Frage und Antikommunismus wird in dieser Forschungsliteratur etwas stärker beleuchtet als in den Untersuchungen zu den lokalen Studentenschaften. So haben insbesondere Willy Albrecht und Tilman Fichter in ihren Studien zum SDS die Existenz und Wirkungsweise eines genuin sozialdemokratischen Antikommunismus im Studentenverband aufgezeigt.³⁶ Welche Bedeutung die deutsche Teilung und die Ost-West-Flucht bei der Entstehungsgeschichte des Rings christdemokratischer Studenten (RCDS) hatten, wird wiederum in der Monografie von Johannes Weberling deutlich.³⁷ Für den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) existiert lediglich ein schmaler Sammelband, der nur teilweise Ansprüche auf Wissenschaftlichkeit erhebt und in dem Zeitzeugenberichte dominieren. Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Liberalen Studentenverbandes steht jedoch noch aus.³⁸ Erklärungskräftig sind diese Forschungsergebnisse zu den parteipolitischen Hochschulgruppen im Hinblick auf die Studentenschaften insgesamt jedoch nur bedingt, weil die parteipolitischen Hochschulgruppen gerade in der Zeit vor 1955 in der bundesdeutschen Hochschulpolitik der AStA kaum eine Rolle spielten. Wie sich die AStA als entscheidende hochschulpolitische Akteure einzeln vor Ort beziehungsweise in ihrer Gesamtheit zur deutschen Frage, zum Kalten Krieg und zum antikommunistischen Konsens positionierten, ist besonders für die Zeit vor 1957 noch immer ein Forschungsdesi-

³⁵ James Tent: Freie Universität, Berlin (West) 1988 (künftig zitiert: Tent, Freie Universität). – Bernd Rabehl: Am Ende der Utopie. Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin, Berlin (West) 1988 (künftig zitiert: Rabehl, Am Ende der Utopie). – Karol Kubicki/Siegward Lönnendonker: Die Freie Universität Berlin 1948–2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb, Göttingen 2008 (künftig zitiert: Kubicki/Lönnendonker, Die Freie Universität).

³⁶ Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994 (künftig zitiert: Albrecht, SDS) sowie: Tilman Fichter: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988.

³⁷ Johannes Weberling: Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten 1945–1986, Düsseldorf 1990.

³⁸ Volker Erhard/Ulrich Josten/Peter Juling/Wolfgang Möhring (Hrsg.): Einsatz für Freiheit und Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), Jena/Quedlinburg 2001.

derat.³⁹ Hier hat Uwe Rohwedder mit seiner Studie zum VDS wichtige Pionierarbeit geleistet, aber das Thema längst nicht erschöpfend behandelt, da gerade die Rolle des VDS im Spannungsfeld des Kalten Krieges, ungeachtet des Buchtitels, nur in einem kurzen Kapitel tatsächlich behandelt wird.⁴⁰

Repression, Opposition und Widerstand an den Universitäten der DDR

Die Studenten- und Hochschulpolitik in der SBZ und frühen DDR ist intensiver erforscht worden, da sie eng mit der Repressions- und Widerstandsgeschichte jener Jahre verflochten ist. Vor allem wurde der Entstehung, dem Wirken und der Zerschlagung der frei gewählten Studentenräte in den Jahren 1946 bis 1950 verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit geschenkt, wobei sich die Forschung in erster Linie auf einzelne Hochschulstandorte konzentrierte. So liegen etwa für die Universitäten Jena,⁴¹ Dresden⁴² und die Ost-Berliner Humboldt-Universität⁴³ Monografien über studentische Oppositions- und Widerstandsakte vor. Auch die Geschichte der Hochschulgruppen von CDU und LDPD, ihres Widerstandes und ihrer Zerschlagung ist bereits Gegenstand kleinerer Aufsätze gewesen.⁴⁴ Weitgehend Einigkeit besteht in der Forschung darüber, dass die sozialistische Umgestaltung der Universitäten durch die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVV) nicht zuletzt wegen der klassenkampfbetonten Zulassungspolitik auf breite Ablehnung bei Studenten und Lehrenden stieß. Eine stabile Bastion des SED-Regimes waren die ostdeutschen Universitäten bis mindestens 1961

³⁹ Politisches Handeln von Studenten und die Aktivitäten der AStA für die Zeit nach 1957 sind vor allem von Boris Spix methodisch umfassend erforscht worden: Boris Spix: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008 (künftig zitiert: Spix, Abschied vom Elfenbeinturm?).

⁴⁰ Rohwedder, Kalter Krieg und VDS.

⁴¹ Günther Jaehne: Meine Kontakte zur Westberliner Studentenzeitschrift »Colloquium« – oder: In der Nacht, als die Stasi kam ..., in: Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989 (= Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflektionen zur Vergangenheitsklärung), Berlin 2012, S. 296–311 (künftig zitiert: Jaehne, In der Nacht, als die Stasi kam).

⁴² Matthias Lienert: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989, Köln u.a. 2011.

⁴³ Carlo Jordan: Kadenschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung, Berlin 2001 (künftig zitiert: Jordan, Kadenschmiede).

⁴⁴ Johannes Weberling: Christlich-Demokratische Hochschulgruppen in der SBZ/DDR, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2001, S. 81–103.

nicht, wie auch Ralph Jessen in seinem Standardwerk über die akademische Elite der »Ulbricht-Ära« nachgewiesen hat.⁴⁵

Desiderate bestehen auch dort, wo es um die konkrete, kleinteilige Widerstandsarbeit der studentischen Opposition und um alltägliche Resistenz geht. Naturgemäß haben diese meist kleinen und informellen Zirkel kaum schriftliche Überlieferungen hinterlassen, die ihre Aktionen wie Flugblattverteilungen oder den Schmuggel verbotener westlicher Literatur für die Nachwelt dokumentieren. Das gilt auch für die Verbindungen dieser Gruppierungen nach Westdeutschland und West-Berlin. Hier hat die Untersuchung von Waldemar Krönig, die sich vor allem auf Zeitzeugeninterviews stützt, wichtige Vorarbeit geleistet.⁴⁶ Sie verdeutlicht, dass die Studentopposition vielfältige Verbindungen nach Westdeutschland und West-Berlin unterhielt und von dort Unterstützung und Solidarität erfuhr. Die Aussichten hinsichtlich weiterer Forschungen nennenswerten Umfangs zu den Aktivitäten der Studentopposition in der frühen DDR sind angesichts der Quellenlage und des absehbaren Versterbens von Zeitzeugen indes düster. Auch die vorliegende Untersuchung wird daher vermutlich kaum mehr als vereinzelt Erkenntnisse hierzu erbringen können.

Forschungen zum AGSF

Das AGSF ist bislang kaum Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung gewesen. Allein Uwe Rohwedders Studie über den VDS widmet sich auf wenigen Seiten dieser Institution.⁴⁷ Aus Rohwedders Feder stammt auch der einzige Aufsatz über das AGSF, der jedoch weitgehend deckungsgleich mit dem einschlägigen Unterkapitel seiner monografischen Studie ist.⁴⁸ Allerdings stützen sich Rohwedders stark organisationsgeschichtliche Forschungen vor allem in Bezug auf das AGSF nahezu ausschließlich auf die Akten des VDS. Parallele Überlieferungen etwa des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen oder die für das AGSF bedeutsamen Bestände im Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin wurden ebenso wenig

⁴⁵ Ralph Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschul-Lehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999 (künftig zitiert: Jessen, *Akademische Elite*). Zum studentischen Widerstand etwa an der Universität Rostock siehe exemplarisch den Fall Arno Esch. <https://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/publikationen/online-edition-arno-esch/online-edition-arno-esch> (05.05.2025).

⁴⁶ Waldemar Krönig/Klaus Müller: *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961*, Köln 1994 (künftig zitiert: Krönig/Müller, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung*).

⁴⁷ Rohwedder, *Kalter Krieg und VHS*.

⁴⁸ Uwe Rohwedder: *Terror gegen das Hochschulwesen der DDR? Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, 2010 (künftig zitiert: Rohwedder, *Terror*).

hinzugezogen wie »östliches« Quellenmaterial. Daher bleiben die Beziehungen des AGSF zu den staatlichen und alliierten Partnern in Rohwedders Darstellung blass, ebenso wie die Einordnung in den größeren Rahmen des Kalten Krieges begrenzt ist.⁴⁹ Auch bleibt die Frage unbeantwortet, wie die Gegenseite das AGSF wahrnahm, ob das MfS es zum Gegenstand seiner operativen Aufklärungsarbeit machte oder welchen Einfluss die FDJ-Westarbeit auf die Studentenschaften hatte.

Gleichwohl kommt Rohwedder das unbestreitbare Verdienst zu, mit seiner Studie auch hinsichtlich des AGSF Neuland betreten zu haben: Denn weder dem AGSF noch der Verschränkung von studentischer Politik und Kaltem Krieg in der jungen Bundesrepublik ist in der Forschung sonderlich viel Beachtung geschenkt worden. Lediglich in einem Aufsatz von Harold Hurwitz, der den Transfer verbotener Literatur in die SBZ/DDR thematisiert, sowie in Benjamin Schröders Aufsatz über das politische Selbstverständnis der FU-Studenten nimmt das AGSF etwas größeren Raum ein.⁵⁰ Ansonsten wird diese Institution allenfalls in wenigen Sätzen erwähnt, vorzugsweise in Forschungsarbeiten zur Gleichschaltung der ostdeutschen Universitäten oder zu Aktivitäten der studentischen Opposition und des Widerstandes.⁵¹ Häufiger jedoch, vor allem in Arbeiten mit Fokus auf Westdeutschland oder West-Berlin, findet das AGSF gar keine oder nur beiläufige Erwähnung. Selbst in den einschlägigen Monografien über die Freie Universität Berlin, dem Entstehungsort und hochschulpolitischen Umfeld des AGSF, wird das AGSF allenfalls am Rande erwähnt. Das gilt sogar für Bernd Rabehls Studie, obgleich sie mit dem Anspruch verbunden war, eine politische Geschichte der Freien Universität zu schreiben.⁵²

⁴⁹ Siehe hierzu: Anne Rohstock: Rezension zu: Uwe Rohwedder: Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969). Essen 2012, in: H-Soz-Kult, 17.9.2012, K. Rohwedder: Kalter Krieg und Hochschulreform, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-18029> (05.05.2025).

⁵⁰ Harold Hurwitz: Der heimliche Leser. Die Zeitschrift der Monat und ihre Verbreitung in der DDR 1949 bis 1951, in: Siegfried Lokatis (Hrsg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur, Berlin 2008, S. 137 (künftig zitiert: Hurwitz, Der heimliche Leser) sowie Benjamin Schröder: Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität 1948–1968, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 165–191.

⁵¹ Besonders hervorzuheben ist die überwiegend interviewgestützte Arbeit von Waldemar Krönig und Klaus Müller über studentischen Widerstand und Opposition in der SBZ/DDR vor 1961, in: Krönig/ Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung.

⁵² Rabehl, Am Ende der Utopie.

Quellen

Historiker, die sich mit der bundesdeutschen Hochschul- und Studentenpolitik der 1950er-Jahre beschäftigen, sind in der Regel mit einer lückenhaften, bisweilen schlechten Quellenlage konfrontiert. Ein Reglement, das anderswo der Nachwelt dokumentierte Überlieferungen garantiert – Verpflichtungen zur Dokumentation und Aufbewahrung etwa –, war in der zumeist ehrenamtlich betriebenen Studentenpolitik kaum gegeben. So haben selbst Universitätsarchive etwa die Protokolle von AStA-Sitzungen oft nicht mit derselben Akribie und Sorgfalt gesammelt und archiviert, wie sie beispielsweise der Korrespondenz der Rektorate oder den Personalakten zugekommen ist. Wo dies in erkennbarer Weise dennoch geschehen ist, war es offenbar meist der Initiative einzelner interessierter Archivare vor Ort zu verdanken gewesen. Ursächlich für diesen Missstand ist jedoch nicht allein die Sammelpolitik der Universitätsarchive. Auch die »Akzeptanzprobleme«, insbesondere von Studentenvertretern links-alternativer Prägung gegenüber traditionellen, staatlichen Archiven, werden in der Forschung für die dürftige Quellenlage verantwortlich gemacht.⁵³ Die vorhandenen Überlieferungen zur Hochschul- und Studentenpolitik aus dem ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik sind demnach in der Regel spärlich. Zudem liegen sie über viele Universitätsarchive verstreut, sind nur selten systematisiert und in Findbüchern transparent katalogisiert, wengleich sich in den letzten Jahren eine Digitalisierungsoffensive abzeichnet.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich die Überlieferungen des VDS und des AGSF im Bundesarchiv Koblenz als wahrer Glücksfall für die Studentengeschichte, da hier ein zwar bei weitem nicht lückenloser, aber doch ungewöhnlich geschlossener Aktenbestand vorliegt. Dieser mehr oder weniger geschlossene Quellenkorpus bildet daher auch die Hauptquellengrundlage für die vorliegende Untersuchung. Wertvoll waren hierbei vor allem die Tätigkeitsberichte des AGSF, aber auch die Protokolle der Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen: Bei diesen hatte das AGSF Rechenschaft über seine Aktivitäten abzulegen, und ferner wurden dort die »gesamtdutschen Studentenfragen« von den Studentenvertretern diskutiert. Besonders ergiebig waren überdies die Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (Bestand B 137 im Koblenzer Bundesarchiv). Nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und AGSF ließ sich anhand der Akten nachvollziehen. Auch für die Kooperation mit amerikanischen Stellen oder bezüglich des Stellenwertes des AGSF innerhalb des »Privatapparates des Kalten Krieges« gaben die überlieferten Dokumente des BMG wichtige Einblicke, die etwa die Überlieferung der High Commission for Occupied Germany (HICOG) überraschenderweise nicht gewährt.

⁵³ Spix, Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 44.

Bei den Universitätsarchiven fanden sich nur im Archiv der Freien Universität Berlin relevante Aktenbestände zum AGSF. Vor allem die Überlieferungen des AStA, des Konvents und in gewissem Umfang auch die des Rektorates waren besonders für die Anfangsjahre des AGSF vor 1951 aufschlussreich. Für die Rekonstruktion der Biografien führender AGSF-Mitarbeiter erwiesen sich die Studentenakten im Universitätsarchiv der Humboldt-Universität als hilfreich. Recherchen in anderen Universitätsarchiven verliefen hingegen meist wenig ergiebig. Von Einzelfunden wie im Universitätsarchiv Mainz einmal abgesehen, enthielten sie kaum Informationen über das AGSF und seine Aktivitäten, die nicht auch in den VDS-Beständen des Bundesarchivs enthalten waren.

Die Darstellung der Aktivitäten der »östlichen« Gegenseite speiste sich vor allem aus den Überlieferungen der SAPMO-Bestände im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde. Die Rezeption der AGSF-Aktivitäten sowie der VDS-Deutschlandpolitik durch die Freie Deutsche Jugend (FDJ) erschloss sich aus den Hinterlassenschaften des DDR-Jugendverbandes im SAPMO-Bestand des Bundesarchivs (SAPMO-BArch, DY 24) Weitaus spärlicher, aber aussagekräftig hinsichtlich der Überwachung und der operativen Bearbeitung des AGSF und der Studentenschaften durch das Ministerium für Staatssicherheit waren die Rechercheergebnisse der Mitarbeiter im Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv (BStU).

Studenten- und Universitätszeitungen halfen dabei, die Stimmungsbilder und Konflikte in der Studentenpolitik jener Jahre zu veranschaulichen. Neben der *Deutschen Studentenzeitung* des VDS, der AGSF-Publikation *Hochschul-Informationen* und dem *Forum* der FDJ sind hier vor allem der Frankfurter *diskus*, die *Göttinger Universitätszeitung* sowie das Berliner Periodikum *Colloquium* hervorzuheben. Zu ihrem Quellenwert trugen nicht nur ihre Auflagen mit starker Reichweite bei, mit der sie auch über ihren Universitätsstandort hinaus meinungsbildend unter den Studenten wirkten. Darüber hinaus waren die Blätter von den örtlichen AStA abhängig und dienten ihnen als Sprachrohre, weswegen die Berichterstattung Rückschlüsse auf die Haltung der AStA in bestimmten Fragen zulässt, die aus den Akten des VDS nicht immer deutlich herauszulesen sind.

»Mündliche« Quellen und Überlieferungen in Form von Zeitzeugeninterviews haben das Bild abgerundet und wertvoll ergänzt. So problematisch mündliche Quellen hinsichtlich Befangenheit, Erinnerungslücken und Selbstdarstellung bisweilen sein können, so unbestreitbar ist ihr eigentümlicher Wert. Sie vermitteln einen Eindruck von Stimmungen und Dynamiken, bis hin zu persönlichen Loyalitäten und Abneigungen führender Akteure, also von einflussreichen Variablen, über die schriftliche Protokolle, Rechenschaftsberichte und Bilanzen und sonstige Dokumente der Außendarstellung einer Institution meist bewusst schweigen. Die Zeitzeugen, die dankenswerterweise zu Gesprächen und Auskünften bereits waren, haben den Wert solcher mündlichen Quellen abermals eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Differenziert und stets sich selbst reflektierend haben sie mir, dem Nachgeborenen, etwa die Bedeutung der Kluft vermittelt, die Studenten der Offiziersgeneration und der kriegsunerfahrenen Jahrgänge ab 1935 trennte. Zu besonderem Dank bin ich zudem Wilfried Seiring verpflichtet, der mir über wertvolle Anregungen hinaus auch Dokumente aus seiner Notaufnahmeakte zur Verfügung stellte.

Viele Quellenbestände konnten aus Gründen des Datenschutzes oder nachrichtendienstlicher Geheimhaltungspolitik nicht eingesehen werden. Möglicherweise existierende Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden über »kommunistische Umtriebe« und deren Bekämpfung an bundesdeutschen Universitäten konnten daher bedauerlicherweise nicht in die Untersuchung mit einfließen. Auch die systematische Auswertung von Notaufnahmeakten oder Einblicke in einschlägige Disziplinarverfahren von Studenten waren aufgrund hoher datenschutzrechtlicher Hürden nicht möglich.⁵⁴

⁵⁴ Editorische Anmerkung: Das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) änderte im Untersuchungszeitraum von 1949 bis 1963 mehrfach seinen Namen. Gegründet wurde es 1949 als »Referat Ost«. Im Jahr 1950 benannte man es in »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« (RGSF) um. Ab 1951 hieß es »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) und wurde 1957 als »Gesamtdeutsches Referat« des VDS bezeichnet. Aus Gründen der Verständlichkeit hat der Autor sich dafür entschieden, die Abkürzung AGSF durchgehend zu verwenden. Ausgenommen davon sind Textpassagen, die explizit die Umbenennungen thematisieren. Der Begriff Hochschulpolitik meint in der Untersuchung die Studentenpolitik, also die politischen Aktivitäten der AStA, Studentenräte oder parteipolitischen Hochschulgruppen, nicht etwa Bildungs- oder Wissenschaftspolitik. Der Begriff »Studentenschaft« bezeichnet ausdrücklich nicht die Gesamtheit aller Studentinnen und Studenten, die gegenwärtig als Studierendenschaft bezeichnet wird. »Studentenschaft« bezieht sich ausschließlich auf die politisch verfasste Studentenschaft, also auf die AStA oder den VDS als studentischen Dachverband. Ostdeutschland bzw. ostdeutsch wird synonym für die DDR bzw. das Territorium der DDR betreffend verwendet. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze sind damit nicht gemeint. Im Text wird aus Gründen der Lesbarkeit im Sinne des generischen Maskulinums auf die Nennung der weiblichen Form verzichtet. Gleichwohl bezieht sich die Untersuchung auf beide Geschlechter.

»Stürmt die Festung Wissenschaft« – Sowjetisierung des Hochschulwesens, studentischer Widerstand und Gründung des AGSF

Sowjetisierung des ostdeutschen Hochschulwesens

Zulassungspolitik – Instrument sozialistischer Elitenrekrutierung

Den Universitäten und Hochschulen in der SBZ/DDR sollte nach 1945 eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau des neuen Deutschlands unter sowjetischer Regie zukommen. Dies zeigt schon ein Blick auf die Anfänge der kommunistischen Herrschaft in der SBZ. So hatte die »Gruppe Ulbricht«, in der unmittelbar nach der Kapitulation der Wehrmacht 1945 führende Vertreter der deutschen Exil-KPD von Moskau nach Berlin eingeflogen wurden und die damit gewissermaßen Urzelle und Ausgangspunkt der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland darstellten, der Bildungspolitik bereits eine besondere Priorität eingeräumt: Bei der Kompetenzverteilung für den politisch-administrativen Neuaufbau Berlins hatte sie sich deshalb gezielt die bildungspolitischen Ressorts herausgegriffen.¹ Dem Bildungswesen eine Schlüsselfunktion zuzuschreiben, entsprach dabei nicht nur einer machiavellistisch anmutenden Vernunft, nach der die Ausbildung der zukünftigen Generation und Elite Deutschlands über die Herrschaft im Land entscheiden würde. Auch vor dem Hintergrund des marxistisch-leninistischen Gesellschaftsbildes, dem Ulbricht und seine Genossen dogmatisch folgten, waren die Institutionen des Bildungswesens Hauptort eines Klassenkampfes, in dem die Gesellschaftsschicht der Intelligenz bislang eine keine eindeutige Position eingenommen hatte.² Nach leninistischer Lesart

¹ Gerhard Keiderling (Hrsg.): »Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945, Berlin 1993, S. 57–68.

² Zu Ulbrichts orthodoxem Leninismus und seinem grundsätzlichen Verständnis der DDR als Erziehungsdiktatur in der Aufbauphase des Sozialismus siehe: Michael Kubina: Ulbrichts

sind die bildungsbürgerlichen Schichten, deren Angehörige für den universitären Forschungs- und Lehrbetrieb maßgeblich waren, unfähig, eine eigene gesellschaftspolitische Kraft darzustellen.³ Ihrer ökonomischen Stellung entsprechend, standen sie jedoch nicht zwangsläufig in einem natürlichen Gegensatz zu den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und waren auch nicht notwendigerweise Teil der feindlichen Bourgeoisie.⁴ Die Intelligenz und ihre universitären Institutionen bewegten sich demnach zwischen den Fronten des Klassenkampfes und konnten – wie Lenin sich ausdrückte – einerseits als »geschwätziges, borniertes« Bildungsbürgertum auf Seiten der Bourgeoisie stehen, doch andererseits genauso ein Verbündeter der Arbeiterklasse sein.⁵ Ihr gesellschaftliches Terrain, die Universitäten vor allem, musste jedoch erst mühsam erobert werden, bevor die Intelligenz dem Klassenkampf dienstbar sein konnte. Tatsächlich mussten gerade die deutschen Kommunisten nach 1945 zunächst einmal erhebliche Geländegewinne im Universitätswesen erzielen, denn die Universitäten Ostdeutschlands waren sowohl im Hinblick auf die Studierendenschaft als auch auf die Lehrkörper alles andere als kommunistische Bastionen gewesen. Die Hochschulen und Universitäten Deutschlands standen der sozialistischen Arbeiterbewegung schon vor 1945 fern wie kaum ein anderer Gesellschaftsbereich. Bereits in der Weimarer Republik und im Kaiserreich stiegen mangels sozialer Durchlässigkeit nur wenige Sprösslinge aus der Arbeiterschaft in die Reihen der Studenten oder gar der Hochschullehrer auf. Die Studenten rekrutierten sich vorrangig aus dem Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum, ab 1918 allenfalls auch aus dem neuen und alten Mittelstand.⁶ Das mörderische NS-Regime reduzierte schließlich die ohnehin bereits geringe sozialistische Präsenz im deutschen Universitätswesen.⁷ Es ist daher nicht übertrieben zu behaupten, dass die Universitäten und Hochschulen, ja die akademische Welt überhaupt, für die deutschen Kommunisten 1945 eine regelrechte *terra incognita* waren. Es galt also, in diese bürgerliche, fremde Welt einzudringen und das akademische Terrain »vom Kopfe her« schrittweise zu erobern. Zu diesem Zweck hatten die deutschen Kommunisten mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht eine Schlüsselinstitution geschaffen, mit der die Türen zur universitären Welt der Intelligenz – mehr oder weniger – gewaltsam aufgehebelt werden konnte: Gemeint ist die Deutsche Verwaltung für Volksbildung

Scheitern. Warum der SED-Chef nicht die Absicht hatte, eine »Mauer« zu errichten, sie aber dennoch bauen ließ, Berlin 2013, S. 30–38.

³ Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 53 f., (künftig zitiert: Kowalczyk, Hochschulpolitik).

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band IV, München 2008, S. 462–472.

⁷ Der geringe Einfluss sozialistischer und kommunistischer Parteien und Strömungen zeigte sich in der Weimarer Republik auch in den AStA-Wahlen, siehe: Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995, S. 498–499.

(DVV). Wie auch auf anderen Politikfeldern sollte die DVV als zentralistisch strukturiertes Instrument zur Durchsetzung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs insbesondere gegen die Landesregierungen und -verwaltungen in Stellung gebracht werden, die anfänglich noch – freilich unter der Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in den Ländern – die formale Hoheit über das Schul- und Hochschulwesen innegehabt hatten.⁸ Dies änderte sich erst im April 1947, als die DVV mit den Landesregierungen ein Abkommen schloss, das der Zentralverwaltung ein weitgehendes Vetorecht in bildungspolitischen Belangen einräumte. Seitdem ging die DVV auf Konfrontationskurs zu den Landes- und Universitätsverwaltungen und wurde im Zuge der strukturellen Zentralisierung aller Politikfelder zum zentralen Akteur bei der sozialistischen Umgestaltung der Universitäten im Sinne der SED und der sowjetischen Besatzer.⁹ Ihr wichtigster Ansatzpunkt für die »sozialistische Umgestaltung« der Universitäten war vor allem die Berufungs- und Zulassungspolitik. Die Auswahl der Lehrberechtigten und der künftigen Studenten erwies sich als Königsweg, um die Universitäten von unten her aufzurollen.

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht den Lehrkörper der Universitäten in den Jahren 1945/46 durch eine rigide Entnazifizierungspolitik, der auch reihenweise unbelastete Personen zum Opfer fielen, auf einen minimalen Personalstamm verringert hatte, machten sich die neuen Machthaber daran, mittels einer kaum weniger strikten Zulassungspolitik den wissenschaftlichen Nachwuchs der neuen sozialistischen Elite zu rekrutieren.¹⁰ Noch im Vorfeld der Wiedereröffnung der Universitäten hatte die DVV den zuständigen Landesverwaltungen Richtlinien für einen neuen Zulassungsmodus vorgegeben, der sichtlich auf das Heranziehen einer neuen Intelligenz abzielte.¹¹ Die neuen Zulassungskriterien beruhten demnach nicht mehr ausschließlich auf schulischen Vorleistungen oder fachlichen Eignungsnachweisen, sondern rückten die soziale Herkunft, das »politische Bewusstsein« und – im Rahmen der noch nicht beendeten Entnazifizierungspolitik – die politische Vergangenheit der Bewerber während der NS-Diktatur verstärkt ins Blickfeld des Auswahlverfahrens. Damit waren sämtliche früheren NSDAP-Mitglieder oberhalb der nominellen Parteimitgliedschaft sowie ehemalige Offiziere der Wehrmacht oder von anderen militärischen Verbänden NS-Deutschlands vom Studium kategorisch aus-

⁸ Die DVV wurde mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juni 1945 gegründet. Siehe hierzu: Helga A. Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 229–238.

⁹ Tobias Schulz: »Sozialistische Wissenschaft«. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln u.a. 2010, S. 30, (künftig zitiert: Schulz, Sozialistische Wissenschaft).

¹⁰ Ebd., S. 35.

¹¹ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 262.